

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Mk. 4,00 für Deutschland (direkt
per Brief-Konvert)
Mk. 4,75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Konvert)
Sch. 2, — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kontingenz).

Inserte
die dreifachste Zeitspalt
à la ligne — 25 Hg. — 20 Cts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N.W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen franko.
Geldbriefe
nach England fallen Doppelporto.

N. 45.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schiebe man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekannten. In zweifelhafte Fällen eingeschrieben.

3. November 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur besonderen Beachtung.

Bei allen Posteingahlungen an unsere Geschäftsstern lassen man stets bemerken:

„Schickbar by Kentish Town Road Post-Office.“

Jede erfolgte Eingahlung an obige sowohl wie an andere Adressen ist uns sofort zu bestätigen und der Abtender's Name ex. genau mitzutheilen, da ohne dessen Nennung durch uns, welcher von der Post nicht verfolgt werden.

Zwei Beträge à ca. Mk. 50. — vom 10. und 15. Okt. mit unbekanntem Abtender liegen bereit hier fest.

Papiergeld oder größere Beträge in Bankwechsel auf hier gelassen per „Eingeschrieben“ prompt an bekannte Geld-Adressaten, auf welche die etwaigen Wechsel zu verlaufen sind.

Durch Nichtbeachtung dieser Vorschriften entziehende Weiterungen und Nachteile hat sich Jeder selbst zuzuschreiben.

Aus Deutschland.

Folgende sehr zeitgemäße Betrachtung über das Jubiläum des Sozialistengesetzes und die Vorgänge im Lager unserer Verfolger geht uns aus unserer Feiertage zu. Wir unterschreiben sie von A bis Z und bringen in der Rundschau verschiedenes kommentierende und illustrierende Material:

Die gegnerischen Mütter reden von einer Jubiläum-Feier des Sozialistengesetzes durch die deutschen Sozialdemokraten. Der Ausdruck ist in der That ganz passend. Es war eine Feier, eine Festfeier, und den Opfern des Schandgesetzes war es hundertmal leichter, oder sagen wir lieber freier und herz, als dessen Urhebern, Vollstreckern und Freunden. Die Mitschriten der rothen Rahmen, der Inhalt der Flugblätter und Zeitungsartikel, die gehobene Stimmung der Genossen — Alles bezeugte freudigen Kampfmuth und Siegesgewissheit. — Und daß die Feinde sich nicht täuschen. Das „Wir pfeifen aufs Gesetz“ war nicht der leitende Gedanke, nicht das leitende Gefühl. So gemüthlich ist die deutsche Sozialdemokratie nicht. Wohl haben wir auf das Gesetz gepfeifen und wohl pfeifen wir drauf und werden drauf pfeifen — allein dieses Pfeifen gilt nur den beabsichtigten Wirkungen des Gesetzes, die wir spielend vereitelt haben. Nicht aber gilt es der Nichtwürdigkeit, welche das Gesetz gemacht und der barbarischen Grausamkeit, welche es vollstreckt hat. Wir pfeifen nicht auf die hunderte von vernichteten Leben und die tausende von vernichteten Existenzen, welche das Konto des Sozialistengesetzes und seine Leute belasten. Das wäre entweder triviale Leichtfertigkeit oder übel angebrachte Grobheit.

Das Volk ist nur zu leicht geneigt, zu vergessen und zu verzeihen. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht in diesen Erbfehler verfallen. Sie wird, falls die Massen von Gedächtnis schwäche ergriffen werden sollten, erfolgreich dafür Sorge tragen, daß die Erinnerung wieder aufgefrißt, und die lange lange Viste der Verbrechen und der Verbrecher dem Auge des Volkes vorgelegt wird, bis die Zeit der Sühne kommt.

Die „Deutschkritik“, deren Anfertigung längere Zeit in Anspruch nahm, als man ursprünglich vermuthet hatte, ist nun glücklich beendet, und es haben bloß noch einige Vergleichen und Prüfungen angeht zu werden. Jedemfalls wird das Volk bald im Besitz dieses Denkmals der Infamie unserer Feinde sein.

Und während der 10jährigen Geburtstags des Sozialistengesetzes von den deutschen Sozialisten festlich begangen wurde, war er für unsere Feinde nicht ein Tag peinlichster Verlegenheit. Auch nicht ein Blatt, welches die Straß gehabt hätte, noch von den „jahrenreichen Früchten des Sozialistengesetzes“ zu reden, oder gar von seinen „erzieherischen Wirkungen“. Der Tag wurde von der gegnerischen Presse meist ignoriert.

Die Thatsachen sind zu handgreiflich und zu gewaltig, und sie reden zu laut und zu deutlich. Da geht's nicht länger mit dem Lügen und Hohneln.

Beim besten Willen können unsere Feinde an der 10jährigen Gedächtnis des Sozialistengesetzes keinen Gefallen finden. Auch nicht eine Frucht hat es gezeitigt, die ihnen schmachhaft erscheinen könnte, oder die nicht das Sonnenlicht scheuen müßte. Der Sozialdemokratie sind schwere Verluste an Menschen und an Vermögen beigebracht worden — kein Zweifel — aber dadurch hat man sie nur stärker gemacht, und alle Läden sind doppelt und dreifach angefüllt.

Unsere Feinde haben kein Menschenleben zu beklagen — mit Ausnahme der Schufte, die das böse Gewissen in Wahnsinn und Tod gerissen hat — und sie haben auch kein Vermögen verloren. Im Gegentheil, das Sozialistengesetz hat gewissen Kapitalgebern unter ihnen Millionen und Millionen eingebracht. Die Ausgaben für die Spitzel und Lockspitzel allein belaufen sich für den Zeitraum von 1878 bis 1888 auf mindestens 50 Millionen

Mark — wobei wir den normalen Polizei-Etat, auch für die vorher schon vorhandene Geheimpolizei, nicht mitrechnen, und wobei wir namentlich auch nicht mitrechnen die riesigen Summen, welche der Reptilienfonds in dieser Zeit für Spitzel und Lockspitzel ausgegeben hat. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß in Deutschland Reptilienfonds und Geheimpolizei zusammengehörige Dinge sind, und daß die Blüthe unserer Spitzel und Lockspitzel: die Ehrenberg und Konforten fleißige Stipendiaten des Reptilienfonds sind.

Doch wozu hier noch von der Demoralisation und dem Schmutz reden, welchen das Sozialistengesetz hervorgezogen hat? Das heißt in der That Calen nach Athen tragen. Genug: die Spitzelwirtschaft, der Denunziantenmuth, die Korruption unserer Rechtspflege, die Käuflichkeit unseres politischen Lebens, das sind Dinge, die nicht mehr besonders erwähnt zu werden brauchen. Wir wollen nur auf das widerliche und abscheuliche Schauspiel verweisen, das die „obersten Reaktionen“, die Kreise „der höchsten Aristokratie“ uns jetzt darbieten. Bei den verbrecherischen Skandalen und skandalösen Verbrechen, die im Laufe des letzten Jahres das Musterhaus der Hohenzollern heimgesucht haben, verweisen wir hier nicht. Das ist schon wiederholt besprochen worden und um so mehr in frischem Gedächtnis, als jeder Tag einen neuen Skandal bringt, der die alten wieder auffrischt.

Auch von den Greueln und Skandalen des Hauses Wittelsbach wollen wir nicht reden. Erwähnt sei nur, daß durch die jüngsten Enthüllungen zu dem düstern Nachbild von wider-natürlicher Unzucht und Wahnsinn noch der neue für unsere Zustände so recht charakteristische Zug hinzugekommen ist, daß der königliche Päderast schon wahnsinnig war und wie ein Humpelmann geführt werden mußte, als man ihn die bekannte Kaiserposse in Versailles einleiten ließ.

Die Greuel des Hauses Wittelsbach haben jetzt eine neue Auflage erlebt — in Württemberg — und hierüber einige Worte: Eine neue Auflage, und eine alte Geschichte. Aber die Blase ist jetzt plöcklich geplatzt. Was der — in Deutschland nur durch Abwesenheit glänzende „Bürgerhohn“ vor Königsthoron“ nicht fertig brachte, das hat der Brodneid und Fremdenhaß der Philister fertig gebracht: die Säuglinge des Königs, die seinen unnatürlichen Gelüsten zu dienen hatten, sind Aualänder, sind Amerikaner — und sie haben dem König so riesige Summen abgeschwindelet, daß derselbe in Schulden gerathen ist. Ja, wären die Millionen wenigstens im Land geblieben, und hätten sich die Gelüste des Königs in patriotischer Selbstsucht bloß nationale, christlich-germanische Zielobjekte ausgesucht — dann wäre Alles gut gewesen und in schöner Ordnung. Und die gottlosen Sozialdemokraten, die schon seit Jahren diese schmachvollen Vorkommnisse und Zustände gegeißelt, wären für elende Verleumder erklärt worden. Die landesverräterische Ausländererei der „Wanklinge“ hat aber dem Hof den Boden angeschlagen, und die bürgerliche Presse hat sich der Sache bemächtigt.

Und warum wir des Schmutzes hier erwähnen? Nun — wiederum und widerum erinnern wir daran, daß im nächsten Jahre die französische Revolution ihren Geburtstag feiert. Und ihr, wie allen anderen Revolutionen, sind enorme, aus dem Rahmen des Gewöhnlichen, des Natürlichen herausretende Verbrechen in dem Olymp der herrschenden Klasse vorhergegangen.

Ob das Volk seine Götter zerbricht, muß es erkaufen haben, daß sie nur vergoldeter Roth sind.

Aus Frankreich.

Paris, 27. Oktober 1888.

Das politische Theater des Palais Bourbon (Sitzungslokal der Deputirtenkammer) ist am 15. ds. Mts. mit der Umpf angefüllt und erwartete Nobilität eines vom Ministerium angelegten Revisionsprojektes öfnet vom 15. d. Mts. an die Thüre angelegter parlamentarischer Wagnisse, dem sehr energisch demokratische Lösung steht. Herr Rouvier hat sich aber bei Instruktion dieses feierlichen Ereignisses als so geschickter Regisseur bewiesen, daß die parlamentarische Fortschritt gegen alles Erwarten mit einem Anlauf erfolgrich ist. Seine gewandte Taktik hatte bewirkt, daß sich die der Revision feindlich gesonnenen Oppositionen in zwei Lager theilten, von denen das eine sich der Revisions-Abgabe enthielt, das andere jedoch die Revisions-Abgabe für das Projekt stimmte. Der Ministerpräsident hatte es sich allerdings auch erwidert lassen, die Revisions-Abgabe zu unterstützen. Er hat dem Entwurf nicht nur einen so feierlichen, würdevollen Charakter wie möglich gegeben, sondern derselben auch mit Benutzung auf frühere analoge Projekte Gambetta's und Ferry's durch die hohe Patronage der vornehmsten opportunistischen Abgeordneten geschützt. Last not least ermunterte ihn die von Opportunisten organisierte Ligue (Ligue).

Herrn Gilly, Bürgermeister von Nancy, Abgeordneter des Departement Nord, sagte in einer Rede an dem 15. ds. Mts. in der aus Opportunisten zusammengesetzten Budgetkommission 20 Millionen (Konten, die ihre parlamentarische Stellung zur Welt bekommen aus dem) zu unterstützen. Daran schloß sich die opportunistische Politik an, aber seine Haltung Gilly's vor dem Revisionsgericht, vor dem der Abgeordnete des Nord Beweise für seine Anwesenheit bringen wollte. Die Angelegenheit sollte erledigt werden, aber Andreux hätte seinen Kollegen von der Kommission den schälimmsten Streich Gilly zu verlagern! In Folge dessen Troner im opportunistischen, eitel Jubel im radikalen Lager, besonders Floquet, der hinter der Affaire, resp.

denselben eine Konzeption an den Willen der Nation abzurufen, denn eine Konzeption ist und bleibt das Projekt trotz vieler abschwächender Momente doch. — Dem ministeriellen Projekt zufolge soll sich die Revision der Verfassung auf folgende Punkte erstrecken:

1. Die durch das direkte allgemeine Stimmrecht gewählte Kammer soll alle zwei Jahre in einem Drittel erneuert werden. Die Kammer kann durch den Präsidenten wieder aufgelöst noch verlagert werden.

2. Der durch das Stimmrecht im zweiten Grade erwählte Senat wird ebenfalls alle zwei Jahre in einem Drittel erneuert. Der Senat kontrolliert die Beschlüsse der Kammer und legt ihnen eventuell ein Veto entgegen, das auf die Beschlüsse der Kammer höchstens auf zwei Jahre hat, da die Neuwahl des einen Drittels der Senatoren den Wählern Gelegenheit gibt, eine dem Kammerbeschluss günstige Majorität herzustellen. Bei Beschlüssen, welche das Budget und die Finanzen betreffen, besitzt das Veto des Senats keine aufschiebende Kraft.

3. Der Präsident ernannt die Minister auf die Dauer von zwei Jahren, dieselben sind vor der Kammer verantwortlich und können durch das Veto gestürzt werden, wenn sie sich des nationalen Vertrauens unwürdig gezeigt.

4. Der von Kammer und Senat gewählte Staatsrath hat, bei Vorbereitung, Abstimmung und Ratifikation der Gesetzesentwürfe, beratende Stimme. In dem Staatsrath, der bisher aus Juristen und Administrationsbeamten bestand, wird eine besondere „technische Section“ geschaffen, die aus Repräsentanten der Arbeit, der Industrie, des Handels gebildet wird.

Nach dem Entwurf der Regierung, der zunächst einer parlamentarischen Kommission behufs Prüfung überwiegen wird, werden ferner die zu einem Kongress vereinigte Kammer und Senat mit der Revision der Verfassung beauftragt, statt dieselbe zum Werk einer besonderen, durch das allgemeine direkte Stimmrecht erwählten Kommission zu machen. Verschiedene radikale Abgeordnete werden jedoch auf dem Kongress energisch die Forderung einer Konstante fordern, so ganz besonders Anatole de la Forge, ein alter, noch nicht opportunistisch gewordener Radikaler, der bereits 1884 einen Antrag auf Umgestaltung der Verfassung eingebracht hatte. Die bereits erwähnte Kommission prüft neben dem Revisionsentwurf der Regierung auch die Projekte, welche von den verschiedenen Abgeordneten in der letzten Zeit zum Zwecke der Revision eingebracht worden sind. Da die Kommission sämtliche Vorfasser von Revisionsentwürfen vernimmt, so wurde mit besonderer Heftigkeit das Erscheinen Boulanger's vor derselben erwartet. Aber Herr Boulanger beschloß sich bei seinen Erklärungen auf den alten zweideutigen Phrasensatz, den er in allen seinen bisherigen Veröffentlichungen zum Vorschein gebracht hat, welche dagegen über verschiedene Details „seiner“ Verfassung keine Auskunft zu geben, was wunderbar scheint, aber nur natürlich ist, da bekanntlich „sein“ Revisionsprojekt das Werk guter Freunde, getreuer Kassen und dergleichen ist. Er läßt seine Aussagen mit der kläglichsten Gefährdung, daß „er vielleicht eine Meinung habe, dieselbe aber für sich behalte.“

Sollte es den radikalen, von der Meinung der Nation unterstützten Abgeordneten nicht gelingen, die Umgestaltung einer Konstante zu erzwingen, so ist sehr gegen eine zu wetten, daß die Revision entweder in der Kommission oder vom Kongresse begraben, oder auf einige ganz nutzlose Punkte beschlägt wird. Eine Vereinigung von Kammer und Senat im Kongress verleiht den Opportunisten die Mehrheit, und was von dieser für eine demokratische Umgestaltung der Verfassung zu erwarten ist, das haben der Tonen, die Grandbahnkonventionen und andre großartige Spektakel gezeigt. Der Effekt der Revision für ein vor nicht antirepublikanisches, aber auch nicht demokratisches Revisionsprojekt einerseits, und der Widerstand der Opportunisten gegen dasselbe andererseits, in der Kammer momentan aufgehoben wurde, aber dafür in der opportunistischen Presse um so heftiger weiter tobt, andererseits mühte erlangen, wenn man nicht wüßte, daß dem einen wie dem andern die Rücksicht auf die Wahlen von 1889 im Grunde liegen. Die politisch aufgestaute Masse der Nation verlangt rechte demokratische Reformen, und wenn es den Radikalen gelingt, eine nur einigermaßen unabhängige Verfassung zu Stande zu bringen, so ist ihnen für die Wahlen vom nächsten Jahre die Oberhand gesichert. Die Opportunisten werden dann ihre bisherige Schandhaftigkeit mit einer einzigen Schlappe büßen, die ihnen in Parlament und Verwaltung das Recht aus den Händen nimmt, opportunistische Ministerien zu bilden und diese dem parlamentarischen Willen des Volkes unmöglich macht. Dies der Grund, weshalb sich die opportunistische Vetterlichkeit so verhalten gegen das direkte allgemeine Stimmrecht. Die republikanische Partei, der Senat, die Ligue des Opportunisten, hat in einer Grandversammlung erklärt, daß kein Grund vorhanden ist, die Verfassung zu revidieren, da die öffentliche Meinung sich zu dem Kongress durchaus indifferent, wenn nicht gar abweisend verhält. Wenn die Wähler zu verstehen wollen, daß sie sich mit Wahlen, der Senat liegt in die Grube, welche er sich in seinem realistischen Wahnsinn selbst gegraben, und in der er sich allerdings wieder einen System sich durch Ungültigkeitserklärung des vom Parlament Gemeinrecht gestellten Beschlusses über die den Arbeitern günstigen Bedingungen der Verfassung N. von öffentlichen Arbeiten übertragen hat. Natürlich bleibt das Veto der konstanten Senatoren, zum großen Bedauern der demokratischen „Konstanten Liga“ verlorene Arbeit, die die Verhältnisse sind in Paris und werden in Paris bleiben.

Die Kammer hat seit Wiedereröffnung ihrer „Sitzungen“ ein neues Bankrott-Gesetz fertig gebracht. Dieselbe war von den demokratischen Radikalen eingebracht, um dem bankrotten Kleinbürgertum auf die Beine zu helfen. Da es natürlich nicht an die einseitige Schuld der massenhaften Bankrotte der Kleinindustriellen, Kleinhandl., an die Kreditlosen und Verwerflichen, rührt, so muß sich das neue Gesetz als ein ganz erbärmliches Palliativ erweisen, ein Palliativ, das außer dem nur einer winzigen Minorität und den Gläubigern zu Gute kommt. Das Gesetz macht einen spießbürgerlich dummen Unterschied zwischen „unabhängigen“, „autonomen“, resp. „selbständigen“ Bankrottären und „abhängigen“, „unautonomen“, resp. „unselbständigen“ Bankrottären und läßt ersteren die bürgerlichen, resp. politischen Rechte. Soll der in Konkurs Gerathene für einen „unabhängigen“ Bankrottär gelten, so muß ein Kompromiß mit den Gläubigern zu Stande gekommen sein, welches natürlich das Vorhandensein von Aktien, Kassa, in Bekanntschaft hat. Da nun jährlich von 2000 Bankrottären nur 500 Aktiva aufweisen, so kommt das neue Gesetz nur 50% von Falliten zu Gute.

Der gesammte opportunistische Dampf hat sein Maximum, den Gegenstand des Finanzministers Budget über die Einkommensteuer erzwungen in einer derselben feindseligen Kommission zu begraben oder ihn womöglich von vornherein zurückweisen zu lassen. Der Gegenstand macht einen Unterschied zwischen dem „erworbene

deren Bedeutung steht, reißt sich die Hände. Die in Aussicht stehenden Offenbarungen des Projektes halten die Budgetkommission in Schach, welche sonst das Ministerium unfehlbar bei den Budgetdebatten stützen würde.

Einkommen* und dem Einkommen, welches die Frucht der Arbeit, industrieller und kommerzieller Unternehmungen ist. Ersteres soll mit einer Einkommensteuer von 1%, letzteres mit einer solchen von 2% belastet werden. Einkommen bis zu 2000 Frs. pro Jahr sollen steuerfrei sein. Einkommen von 2000 bis 6000 Frs. Einkommensteuern gemessen. Die Verwirklichung der kapitalistischen Presse, "Temps", "Republique française", "Debat" u. über dieses Attentat gegen das allerhöchste Eigentum des Hochstaats. Die Prophezeiungen des Jesajas und die Klagen des Jeremias erscheinen farblos neben den Schmerzergüssen, mit denen die genannten Blätter die reaktionäre "Majestät" bejammern, verwünschen und gegen das schauderregende Horrorspiel, das sie ihm im Hinblick auf seine künftigen Folgen stellen. Ein hundertjähriger Gedächtnis der Revolution, der Erklärung der allgemeinen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, soll sich eine republikanische Regierung der Schandthat kundig machen, ihre Nase in die Einkünfte eines Jeden zu stecken. Die Prinzipien der großen bürgerlichen Revolution, der Gleichheit in der Gerechtigkeit, Schiedsrichtern und noch Schiedsrichter — die so im 19. Jahrhundert verfaßten — mit den tragischen Gebeuden einer Kaiserin, — die Einkommensteuer soll und wird gar der Weg zu weiteren Steuerumwälzungen, zu einer progressiven Einkommensteuer sein. — Die Budgetdebatten haben wunderbarer Weise bis jetzt noch nicht den Sturz des Ministeriums veranlaßt, wie es doch unter den Opportunisten abgemachte Sache war. Grund hiervon ist die Affaire Nina Wilin. Das französische Budget beträgt circa vier Milliarden, fast 1/2 Milliarde hiervon, 1300 Millionen, werden zur Finanzierung der Nationalschuld gebraucht. Die Wahrsamkeit geht also über 1/2 des Nationaleinkommens mit diesem einen Geschäft an sich, sie nimmt an Abgaben den Vierten von allem Einkommen und hat also den alten Adel, die alte Geistlichkeit übertrumpft, die sich mit dem Zehnten begnügten.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 31. Oktober 1888.

Die Feiern des Schandgesetzes in Deutschland. Wir haben bereits in voriger Nummer Einiges darüber berichtet, wie unsere Genossen im Reich den Jubiläumstag des Schandgesetzes den Verhältnissen entsprechend gewürdigt, und tragen heute die uns weiter in dieser Hinsicht vorliegenden Berichte nach.

Zunächst sei das, was wir über die Reichshauptstadt zu melden wußten, durch eine dem "Berliner Volksblatt" entnommene Zusammenfassung ergänzt:

Das zehnjährige Gedächtnis des Sozialistengesetzes wurde gestern von Berliner Sozialdemokraten durch verschiedenartige Kundgebungen gefeiert, welche zwar unter dem Druck des gefeierten Gesetzes nicht große Dimensionen annehmen konnten, aber doch von dem immerwährenden Leben in allen Theilen der Partei zeigten. Im Süden waren vorzugsweise kleine rote Fahnen aufgestellt, zum Theil an den Telegraphendrähten aufgehängt, auf der Kottbuser- und Neuenhauserstraße größere Fahnen mit der Aufschrift: "Zum Andenken an das Gesetz von 1878"; in Berlin hingen vier große Fahnen von zwei Meter Länge aus. Im Norden der Stadt waren hauptsächlich Anschläge und Stempel an den glatten Stellen von Häusern und an den Müllkästen, den öffentlichen Bedürfnisanstalten und den Anschlagtafeln zu sehen. Der Inhalt dieser Aufschläge bestand meistens aus kurzen Aufsätzen und Sätzen: "Wir verurtheilen Eure Gewaltmaßregeln." "Wir pfeifen auf Euer Gesetz." "Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Doh noch Esel auf." In der Gegend des Rosenthaler Thores war überall die Aufschrift zu lesen: "21. Oktober 1878—88. Ihr Feindet uns, sonst nichts auf der Welt. Die deutsche Sozialdemokratie." — Am Sonntag Morgen waren die Stempel noch überall zu lesen, nachher wurden sie zum Theil entfernt von der Polizei, welche dem friedlichen Staatsbürger gern das Vergnügen ersparen wollte; von den Anschlagtafeln, wo die Stempel gerade mitten zwischen die Theaterzettel des königlichen Schauspiel- und Opernhauses gedruckt waren, wurden die betreffenden Stellen herausgeschnitten; indessen waren noch gestern Morgen an manchen Stellen einige Worte zu lesen, welche nicht hatten ausgewischt werden können.

In Brandenburg a. d. Havel eruchten an verschiedenen Stellen der Stadt rote Fahnen die Augen der Passanten. Eine Fahne, heißt es, flatterte von einem Baume auf der fast mitten in der Stadt belegen Klein's Insel. Um die Herabnahme derselben zu erschweren, war der ganze Baumstamm mit — Theer bestrichen worden.

Auf Chemnitz wird unterm 21. Oktober berichtet: Mehrere rote Fahnen, welche mit Aufschrift versehen, flatterten im Morgenwinde des 21. von ihren hohen Standorten herab und verführten den Vorübergehenden, daß der angekündete Tag eine ganz besondere Bedeutung habe. Erst in der sechsten Stunde gelang es den vereinten Anstrengungen der Polizei und Feuerwehr, dieselben zu entfernen.

Aus Dresden, 25. Oktober, berichten die deutschen Blätter: "Groß

post festum ist auch hier eine sozialdemokratische Demonstration zur Erinnerung an den zehnjährigen Geburtstag des Sozialistengesetzes im Werk geleitet worden. Heute früh wehte von den über den Freiberg-Plan gezogenen Telegraphendrähten eine große rote Fahne mit der Aufschrift: "Sozialistengesetz 1878—1888." Die Herabnahme des Tuches von politischer Seite hat erhebliche Schwierigkeiten. Doch in dieser so frequenten Gegend die Befestigung der Fahne umgehört gekriechen konnte, muß Verwunderung erregen.

In Oberfeld wehte am 21. Oktober von der obersten Spitze der bei der Stadt gelegenen Königshöhe von einem Baume herab eine vier Meter lange rote Fahne. Die Herabnahme derselben verursachte der Polizei eine große Arbeit, da der Baum, an welchem die Fahne befestigt war, mit Laubbäumen besetzt war, so daß man denselben nicht entfernen konnte. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelang es endlich, die Fahne von einem daneben stehenden Baume aus zu entfernen und zu entfernen.

Aus Frankfurt in der Pfalz schreibt man der "Frankf. Hg." unterm 21. Oktober: "Auf dem Reben des Weinsamts Weinsamts wehte heute Morgen eine mächtige, 8 Meter lange rote Fahne mit der Aufschrift: 'zur Erinnerung an den 21. Okt. 1878.' Die Fahne wurde auf politische Anordnung entfernt."

In Freiberg in Sachsen haben Arbeiter zur Feier des 21. Oktober auf einer 21 Meter hohen Pappel an der Schillingstraße eine rote Fahne angebracht. Nach dem Anschlag haben ein Schlossermeister und der Jugendwart der Feuerwehr dieselbe erst am Donnerstag den 25. mit turnerischer Geschicklichkeit heruntergeholt.

Aus Hannover wird uns geschrieben: Zur Jubelfeier der Sozialdemokratie waren hier verschiedene Stadtviertel festlich geschmückt durch Anhängen rother Fahnen mit entsprechender Aufschrift, doch schien die Polizei nicht mittheilen zu wollen, denn kaum grante der Tag, als sie schon eifrig bemüht war, die Freiheitsbanner von den Telegraphendrähten zu entfernen, was leider mit vielen Schwierigkeiten verknüpft war.

Aus Hirschberg in Schlesien berichtet der "Vote aus dem Hirschberg", daß am Sonntag den 21. Oktober auf dem vor der Stadt den Schützen gegenüber liegenden Mühlberge eine rote Fahne gehweht habe. "Staubend", schreibt er weiter, fragten sich die Mühlendörfer und die vorbeikomenden Hirschberger, was die Fahne zu bedeuten habe. Es handelte sich um eine Demonstration der hiesiger Sozialdemokraten zu Ehren des zehnjährigen Bestehens des Sozialistengesetzes. Am 21. Oktober 1878 gewann das Sozialistengesetz rechtsverbindliche Kraft. Was dazu dienen sollte, die Sozialdemokratie niederzuhalten und zu verdrängen, das ist ein Mittel geworden, ihr immer neue Scharen von Anhängern zuzuführen und sie in Gegenden festzusetzen, in denen man vor zehn Jahren nichts von der Sozialdemokratie wußte. Darum begreift man, wie jene Partei ein solch für sie freudiges Ereignis mit "Flagenstücken" begrüßt.

In Magdeburg fand man, wie der Berliner "Volks-Tribune" von dort geschrieben wird, am 21. Oktober — dem Jahrestage des Sozialistengesetzes — eine große rote Fahne — 6—8 Meter lang und 2 Meter breit — mit der Aufschrift: "zur Erinnerung an den 21. Oktober 1878. Hoch lebe die Sozialdemokratie" aufgehängt, mitten in der Stadt (Breite Weg) unweit des Polizeipräsidiums, hoch oben. Da schwärzte sie stolz über der Stadt mit der geistig-moralischen Atmosphäre. Aber lange sollte sie nicht wehen. Die Feuerwehr wurde alarmirt, der Leiternwagen fuhr heran, die Leiter wurde hochgehoben, ein Feuerwehmann kletterte empor, aber so hoch, er konnte nur das untere Ende erfassen und trotz seines Bemühens bekam er das staatsgefährliche Ding nicht herunter. Es blieb weiter nicht übrig, als den Telegraphendraht, an den dieselbe angebracht war, zu durchschneiden. Den ganzen Sonntag blieb der Draht auf der Straße liegen und legte Zeugnis ab von dem was geschehen war. Erst am Montag wurde die Leitung wieder hergestellt. Auch in den Vorstädten und in dem benachbarten Gr. Ottersleben und Olfenstedt bemerkte man dergleichen Fahnen mit gleicher Aufschrift. Die Polizei fahndet eifrig auf die Thäter.

Damit wollen wir es für heute in Bezug auf die Berichte genug sein lassen. Eine Aufzählung sämtlicher Orte zu geben, an denen überhaupt in diesen Tagen die rote Fahne die Unabsehbarkeit der Sozialdemokratie verkündet, ist vorläufig nicht möglich, weil die große Presse darüber nur sehr mangelhaft berichtet und uns von Lokalblättern nur die sozialistischen zur Verfügung stehen. Wir können aber mit Zug und Recht behaupten, daß mit nur wenigen Ausnahmen alle größeren sowie eine beträchtliche Anzahl kleinerer Städte und Industriedörfer sich am 21. Oktober an dem "einigen Roth" erfreuen konnten.

Im Ausland, wo das Recht der freien Versammlung nicht verfassungsmäßig ist, haben unsere Genossen an verschiedenen Orten den Jahrestag des Schandgesetzes durch festliche Zusammenkünfte gefeiert. So in Basel, in Bern, in Kopenhagen, in New-York, Zürich u. Ueber die Feiern in Kopenhagen ist uns ein Bericht zugegangen, den wir in nächster Nummer zum Abdruck bringen werden.

Gottesgnädiges. Wenn es am Jahrestage der großen französischen Revolution noch Monarchen "von Gottes Gnaden" in Europa gibt, so kann man die Herrschaften selbst eigentlich nicht dafür verantwortlich machen. Im Gegentheil, sie haben ihr Möglichstes gethan und thun es fort und fort, die Völker von dem Linnien der Institution des Gottesgnadenthums zu überzeugen, und es ist wirklich nicht ihre

faul ein Opfer der Großen und Vornehmen, der Reichen und Mächtigen geworden ist. Um aber für diese Opferung einen Erklärungsgrund finden zu können, muß angenommen werden, daß er sich in fundamentalem Gegensatz — und zwar des praktischen sozialen Lebens — zu jenen befinden habe. Seine neue Lehre muß so tief in den damaligen sozialen Verhältnissen wurzelt haben, daß sich die Privilegierten und Mächtigen sagten: die Lehre hat eine Zukunft für sich; sie biegt in sich eine große Gefahr für uns, sie zieht uns den Boden unter den Füßen weg, es wird ein Kampf um die Existenz; Christus muß also fallen, kreuzigt ihn, es ist nicht Raum für uns Beide!

Christus ist vom armer geringer Herkunft; er hat nie eine Schule besucht oder einen höheren Bildungsgang genossen und mit Theorien über Gott und Moral hat er sich nie geplagt. In seiner Agitation ist er nie über die unteren Stände hinausgegangen, sondern hat mit realen Hilfsmitteln propagandirt: er hat sich an die Armen gewandt und diesen die Erlösung und ihrem Heil und ihrer Glückseligkeit gepredigt.

Die Bergpredigt ist hierfür der klarste Beweis; sie ist die offene Kriegserklärung an seine Zeit und Gesellschaft. Wie ein zweischneidiges Schwert ist sie in die damaligen Verhältnisse gedrungen und hat die Gesellschaft in zwei Reichen getheilt: auf der einen Seite stehen die Reichen, über die er seine Verdamnis spricht, auf der andern die Armen, denen er ausdrücklich sein Reich des Himmels verkündet. Zwei Evangelisten, Matthäus und Lukas, berichten diese Bergpredigt aber — und das ist sehr zu beachten — jeder in anderer Deutung. Lukas ist der Fürsprecher der Armen; er betont den natürlichen Gegensatz der Lobpreisung der Hungerigen und Traurigen gegen die Verdamnung der Satten und Frohen; Matthäus, der "Saufte", das sophistische Pfaffen, schwächt sofort den ursprünglichen Sinn ab und spricht von dem Hunger nach Gerechtigkeit, von den Armen im Geiste und deren Erlösung. Doch diese Deutung geradweg ein Luffin ist, hat die Kirche auch heute noch nicht gekümmert; denn arm im Geiste ist, man mag denken wie immer, immer nur geldarm, und was den Geistesdrücken für eine Erlösung und Seligkeit werden soll, ist nicht klar! In dieser späteren Deutung des ursprünglichen Sinnes liegt jedoch schon ein Kampf innerhalb der Kirche angedeutet. Mit der Zeit traten nämlich in die Christengemeinden auch Reiche ein, und diese wollten natürlich nichts davon wissen, daß ausdrücklich den Armen das Himmelreich zutomme. Aber die scharfe Fassung von Lukas ist die ursprüngliche und wahr!

Dafür sprechen auch die verschiedenen Gleichnisse der Bergpredigt: das Gleichnis vom reichen Jüngling, der all sein Gut den Armen geben sollte, wenn er der gepredigten Seligkeit theilhaftig werden wollte, der sich aber eines Besseren bekam und seine Reichthümer behielt! Ferner das Gleichnis vom schmalen Thürlchen, das zum Himmelreich führt! Nur der Arme, der Rechte, der Besitzlose konnte dort eingehen; dem Reichen, der mit Reiten und Rossen gezogen kommt, thut er der

Schuld, wenn die Völker sich dieselbe trotzdem bisher gefaßt liegen. Ganz besonders ist es daher anzuerkennen, wenn die große Mehrheit der erlauchten Fürsten, die die Throne Europas zieren, am Vorabend des hundertjährigen Jubiläums der französischen Revolution sich zu auherordentlichen straffelungen aufschwingen, für diese und ihre Auffassung von der Mission der Geblüthen des Herrn Melam zu machen. Es ist gerade erstaunlich, mit welchem Geschick sie dabei vorgehen, man sollte glauben, sie arbeiten nach gemeinsamen Plan mit vertheilten Rollen. Bemüht sich der Eine, aller Welt seine moralische Verwahrlosung darzustellen, so kehren wir den Andern mit rührender Selbstlosigkeit beistehend, dem Volk seine politische Richtsichtigkeit zu beweisen. Zeigt sich der Dritte als vollkändigster Döner, so erklart der Vierte die wichtige Aufgabe dieses Berufes darin, mit den brutalsten Neugierigkeiten um die Palme der Robheit zu pfeifeln. Kein Tag, an dem nicht von einem der Geblüthen des Herrn Dinge in die Öffentlichkeit dringen, die sich als direkte Aufregung in Tag und Verachtung anmalhären.

Von dem, was in der abgelaufenen Woche in dieser Hinsicht bekannt geworden, betrifft das Sensationelle, wenn auch vielleicht das am Wenigsten Abstoßende den Schwabenspiegel Karl. Die national-liberalen Rändener "Neuesten Nachrichten" haben sich das Besondere — wir bitten das Wort nicht moralisch zu verstehen — erworben, der Welt mitzutheilen, wie der besagte Karl sich von etlichen hübschen Amerikanern physisch und finanziell anwerben ließ. Seit etwa sieben Jahren dauert das unmoralische — unmoralisch nur, weil die betreffenden Ausländer sind — Verhältnis bereits an, und weit entfernt, an Intensität und Intimität abzunehmen, hat es schließlich dahin geführt, daß Karl den seinen eigenen Hebeln zum gehen in Hofraus, den Andern gar in den erblichen Adelstand erhoben hat. Dies und dazu noch der Umstand, daß der unglückselige Württemberger in der letzten Zeit einen Rückfall in seine Bruchheindlichkeit bekommen und landes- und reichsverräterischer Weise sich dagegen gesträubt hat, dem glorreichen Reichs-Wilhelm in Stuttgart als Stange zu dienen, hat dem Rath den Boden ausgeglichen. Der hohe Adel erträgt es zwar mit Würde, von Strauchdieben und Jubelherren fürstlicher Wärfelien abzustammen, er läßt es sich auch noch gefallen, einen modernen Strauchritter — sei es von der hohen Hingung oder von Spornsteins Gnaden — in seine Sphäre aufzunehmen, aber einen Amerikaner, der seine Leistungen aufzuweisen hat, als daß er, wie der Soldat Frey in der Großherzogin von Großstein, ein hübscher Kerl ist und mit König Karl spirituelle Sühnungen abbält, das geht nicht, das ist ein Skandal. Und ein noch größerer Skandal ist es natürlich, daß König Karl an der Jungfrau Germania kein Gefallen mehr findet, seitdem dieselbe preussische — sagen wir: Magd für alle geworden. Solange er suchte, wurde Alles hübsch vertheidigt, wies dem, der es gewagt hätte, einen deutschen Fürsten zu beleidigen. Jetzt plötzlich ward das Vaterland in Gefahr erklärt, und, wie es in der Bibel heißt, der Herr zog seine rettende Hand von ihm. Zieht sich ein Bundesfürst die Ungunst der Allmächtigen des Reichs zu, dann erwidert in der nationalerpressen Presse pöbelisch das patriotische Gewissen, sie verspirirt den Drang in sich, dem Volk über seinen ungetreuen Verwalter die Augen zu öffnen, und daß für solche Offenbarungen heutzutage München der geeignete Ort ist, muß jedem einleuchten. So wurde denn von der Hauptstadt des Baiwaralandes dem erkrankten Widel dargelegt, wie sehr es im Interesse des Reichs im Allgemeinen und des Schwabenslandes im Besonderen wünschenswerth sei, daß der arme, von Wölwendörfern verführte und ungarnte Karl gelindigt würde. Aber die Sache hat einen Haken. Karls ewigwährender Nachfolger, wird weiter ausinandergesetzt, ist auch nicht ganz so sicher und er hat nicht nur keinen so hoffnungsvollen Sohn wie Vaitpold, sondern überhaupt keinen, so daß nach seinem Tode die katholische Linie der Württemberger aus Ruder lerne. Das ist natürlich eine für den Reichsrieden höchst gefährliche Perspektive, und das Beste wäre somit — ja, das hätten sich die "Neuesten Nachrichten" natürlich zu schreiben. Sollte es aber purer Zufall sein, daß Wilhelm der Hundsvoll in Stuttgart plötzlich süddeutsches Blut in seinen Adern verpürte?

Gegen ihn, das Reichsoberhaupt, darf natürlich kein im Bereich der deutschen Polizeiherrschaft erscheinendes Blatt sich auch nur annähernd Rehnliches gestatten, wie gegen einen simplen König von Württemberg. Um diesen dringenden Bedürfnis abzudecken, sorgt er selbst dafür, dem Volke über seine moralischen Qualitäten reinen Wein einzuschenken. Die neueste Leistung in dieser Beziehung ist der Strafantrag gegen die "Freiämige Zeitung" wegen eines Gedenkblattes zu Ehren Friedrichs. Da das Strafgesetzbuch bis jetzt für das Verbrechen der Verherberlichung des Vaters des regierenden Kaisers höchst leichtsinnigweise keine Strafen festsetzt, so mußte das Autorrecht am Tagebuch, aus dem einige Sätze abgedruckt worden, den Vorwand — nicht doch, die Hand habe abgeben. Diese feilsche Gebliffigkeit gegen einen Verstorbenen, gegen das Andenken des eigenen Vaters, ist auch ohne Kommentare ihrer agitatorischen Wirkung auf die Massen des Volkes, auf alles, was nicht ganz verkommen ist, sicher.

Soweit hatten wir geschrieben, als die Berichte eintrafen von den Genialitäten und Höflichkeiten, mit denen Wilhelm die Vertreter der Behörden Berlins überschüttet hat, die ihn aus Anlaß seiner Rückkehr feierlich begrüßen und ihm — sie wußten selbst nicht, wofür — einen Monumentsbrunnen stiften wollten. Wir gönnen ihnen nun zwar die allergnädigsten Wünsche von Herzen, sie haben sie durch ihren Seruilismus reichlich verdient, aber Flagelei bleibt Flagelei, auch wenn

Eintritt verwehrt — in eher gänge ein Kameel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in's Himmelreich! Und gar erst das Gleichniß vom armen Lazarus und dem reichen Proffer! Der arme Lazarus ist nicht — wie später gedentelt wurde — der Gerechte und der Proffer der Sünder; nein! diese Parabel ist die klare Verbilligung von Christi Lehre! Lazarus, der Arme, der hier auf Erden von Würde, Feind und Krankheit gequält ist, kommt in den Himmel, bloss weil er arm ist, und der Reichthum, der dem Proffer alle Genüsse des Lebens gewährt, ist Grund genug zu der Verdammung des Proffers! Ja, wäre nicht der Reichthum der einzige Hinderungsgrund gegen den Eingang ins Himmelreich, so müßte der Proffer der Seligkeit theilhaftig werden, ihm deshalb, weil er dem armen Lazarus Gutes that, mit den Abfällen seiner Tafel dessen Hunger stillte und sogar dessen elckhafte Geschwüre von seinen Hundsbäckchen ließ. Aber dieses Mitleid, alle Humanität, alle guten Werke helfen dem Reichen nichts: bloss weil er reich ist, wird er verdammt!

Diese Gleichnisse führen uns sofort in eine starke soziale Strömung hinein und geben uns die Erklärung für die Hinrichtung des Predigers dieser Lehre!

Wenn man nur die negative Seite des Sozialismus, die Befestigung der heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse im Auge hat, dann allerdings kann man sagen: Christus war zu seiner Zeit, was die Sozialisten in der Gegenwart, Jesus wollte die Ausgleichung der sozialen Verhältnisse wie die Sozialisten. Hofft man aber die positive Seite des Sozialismus in Betracht, so ist diese Rehnlichkeit nur anscheinend: Jesus wollte ein Gottesreich im Gegensatz zum irdischen Leben. In diesem Reiche sollen die Armen und Bedrückten anrühren von aller Arbeit und Plage; ein ewiger Sabbath sollte sein, ein Himmelreich der Ruhe, in dem die Armen träge und thatenlos wie die Lazarus in der Sonne liegen; ein orientalisches Reich des absoluten Müßiggangs, nur dem Orientalen verständlich und wünschenswerth, durchwocht den ganzen Trann des jüdischen Propheten — und dieser Zug benimmt ihm seine ganze Rehnlichkeit mit den Forderungen des Sozialismus, der die sozialen Ungleichheiten durch die Pflicht der Arbeit für Jedermann beseitigen will und aus dieser gleichen Pflicht natürlich auch das gleiche Recht auf den Genuß ableitet. Und weiter will der Sozialismus nicht ein unmögliches Reich außerhalb dieses Lebens erstreben, sondern die Schöne und Gensliche der Erde allen im vollsten Maße zugänglich machen, und für die Armen, die Arbeiter, statt des bisherigen Vegetirens ein wirkliches Leben, ein menschenwürdiges Dasein sichern!

Dieser klopfende Gegensatz zwischen Christenthum und Sozialismus tritt noch schroffer in den Vordergrund, wenn man die ersten Christengemeinden in Bezug auf ihren Kommunismus prüft. Nimmt man nämlich an, die ersten Christengemeinden seien nicht auf der Abtretung des Eigentums basirt gewesen, sondern die Reichen hätten nur die Pflicht

Feuilleton.

Christenthum und Sozialismus.

(Neu-Abdruck aus No. 8 des "Sozialdemokrat" vom Jahre 1881.)
(Siehe den Artikel S. Bögelin in voriger Nummer)

Zu Beginn der sozialistischen Agitation, zur Zeit als unsere Bewegung noch in den Kinderjahren einherkriechte und in feuriger Jugend-Begeisterung die reifen Früchte nur vom Baume schütteln zu dürfen wußte, um Früchte zu halten, in dieser Zeit war es in unserer Presse, in unsern Versammlungen eine beliebte Wendung, den Sozialismus mit dem Christenthum zu vergleichen, und Jesus den ersten Kommunisten, den ersten Sozialisten zu nennen; einige besonders eifrige Partisanen zogen zwischen Christus und Lassalle zu Gunsten des Letzteren eine Parallele, so daß der Renegat Bernh. Becker in nachfolgender Malice sagen konnte: es Fehle nur noch, daß man die Gräfin Hayfeld zur Gottesmutter Jungfrau Maria stempelte, und die heilige Familie wäre fertig.

Man hat seitdem gefunden, daß der Vergleich weder deede noch verständlicher mache; der Sozialismus hat mit dem Christenthum als Religion gar nichts gemein — und die sozialen Anklänge in demselben treffen nur die negative Seite im Sozialismus, so daß letzterer durch diesen Vergleich nur — verlieren kann. Das Christenthum war eine Lehre für das faulende orientalische Völkproletariat, der Sozialismus wendet sich dagegen an das arbeitende Volk; das Christenthum verlangte innerhalb der bestehenden Gesellschaft die Erhaltung der Armen auf Kosten der Reichen, der Sozialismus ist ein neues Gesellschaftssozialismus, das Allen ohne Unterschied gleiche Anstrengung auferlegt und gleichen Genuß bietet. Wege und Ziel beider sind grundverschieden.

Der Prof. Bögelin von der Universität in Jülich hielt jüngst im deutschen Arbeiterverein Jülich zu Gunsten der Hamburger Kundgewiselen einen Vortrag, in welchem er das Christenthum und den Sozialismus, den heiligen Kommunismus und den kommunistischen Sozialismus in Parallele zog — ein Vortrag voll geistlicher Punkte, dessen Gehaltungen unsern Ausführungen zu Grunde liegt.

Jede Religion hat ihren Ursprung, ihren Beweggrund in den sozialen Verhältnissen ihrer Zeit, in den sozialen Mißverhältnissen und Ungleichheiten. Trotz der geradezu auffälligen Erscheinung, daß die zeitgenössischen jüdischen und heidnischen Schriftsteller gegenüber dem ersten Auftreten Jesu und seiner Lehre sich in vollständiges Schweigen gehüllt haben, so daß wir ohne die vier Evangelien über Gründer und Gründung dieser weltgeschichtlichen Erscheinung in absoletem Dunkel tappten, geht doch aus den sonst so widerspruchsvollen Evangelien einstimmig hervor, daß Chris-

